

Werdende Mütter brauchen während der Schwangerschaft, der Geburt, dem Wochenbett und zuweilen darüber hinaus die kompetente Beratung und Hilfe durch Hebammen. Sie wollen den Ort einer bevorstehenden Geburt selbst wählen können, wollen entscheiden, in welchen Kreißsaal sie gehen oder ob das Baby in einer Hebammenpraxis, einem Geburtshaus oder auch im eigenen Zuhause zur Welt kommen soll. Aber: Es ist immer schwerer geworden, eine Hebamme der Wahl für diese sensible Zeit zu bekommen oder gar den Geburtsort zu wählen.

Gründe der Misere:

Fin wesentlicher Grund sind die stark gestiegenen Haftpflichtversicherungsbeiträge für freiberufliche Hebammen. Laut Deutschem Hebammenverband waren das vor 20 Jahren noch 350 Euro. vor zehn lahren ca. 1600 Euro und heute sind es mehr als 8.000 Euro im Jahr. Es gibt zwar einen Sicherstellungszuschlag. aber weiter steigende Beiträge deckt er nicht ab und ihn bekommen auch nicht alle. Auch die Vergütungen für Hebammenleistungen sind keineswegs gleichermaßen angehoben worden.

Ob die Situation überhaupt noch zu retten ist, bleibt fraglich. Viele Hebammen sind aus dem Beruf ausgestiegen und die große Mehrheit von ihnen leistet keine Geburtshilfe mehr.

Darüber hinaus steht auch mit den Kliniken nicht alles zum Besten. Es gibt immer weniger Geburtshilfestationen. Derzeit steigt außerdem der Druck auf freiberufliche Hebammen unter Vertrag bei einer oder mehreren Kliniken (Beleghebammen), die auf Entbindungsstationen mit angestellten Hebammen im Team arbeiten. Ihre Grundvergütung ist im Vergleich zu den gestiegenen Berufskosten zu niedrig.

Positionen und Forderungen der **Fraktion DIE LINKE:**

Die Geburt eines Kindes ist eine der sensibelsten und emotionalsten Phasen für Frauen und Familien. In dieser Zeit sind fürsorgliche Unterstützung und wohltuende Umfelder besonders wichtig und eine wesentliche Voraussetzung für die Gesundheit von Müttern und Kindern. Deshalb streiten wir für die

- Erhaltung und den Ausbau der Angebote, um den Schwangeren die freie Wahl der Hebammen und des Geburtsortes flächendeckend und bedarfsgerecht zu ermöglichen;
- unbürokratische und zügige Auszahlung von Landesmitteln, um die finanzielle Überlastung von Hebammen bis zu einer bundesweiten Lösung zu überbrücken:
- Einführung eines bundesweiten staatlichen Haftungsfonds, um die Haftpflichtkosten für Hebammen zu deckeln;
- Reformierung des Abrechnungssystems und der Vergütungen, um vor allem die Betreuung zu verbessern und auszubauen sowie Hebammenleistungen entsprechend zu honorieren:
- Unterstützung des geplanten Runden Tisches beim sächsischen Sozialministerium, um Möglichkeiten und Maßnahmen zur Stabilisierung und Verbesserung der sächsischen Situation in der Geburtshilfe auszuloten und umzusetzen

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, Telefon: 0351 493-5800, Fax: 0351 493-5460 V.i.S.d.P.: Kevin Reißig www.linksfraktion-sachsen.de linksfraktion@slt.sachsen.de